

## Fragen

**für die Fragestunde der 16. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 19. Februar 2014**

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	47	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	21, 22
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.) .....	48	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	6, 30	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	23, 24
Buchholz, Christine (DIE LINKE.) .....	34, 35	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	32, 33	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ....	44
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4	Renner, Martina (DIE LINKE.) .....	37, 38
Ernst, Klaus (DIE LINKE.) .....	45	Schauws, Ulle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	12, 13
Hänsel, Heike (DIE LINKE.) .....	20, 36	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	7, 31
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.) .....	42, 43	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.) .....	1, 2
Höger, Inge (DIE LINKE.) .....	10, 11	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	27, 28
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	29	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.) .....	14
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	8, 9	Dr. von Notz, Konstantin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	40, 41
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	39	Wagner, Doris (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	5
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	16, 17		
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	25, 26		
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	18, 19		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung .....	8
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie .....	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	14

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft**

1. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten Tackmann**  
(DIE LINKE.)

Welche nichtintensive Steuerung des Milchmarktes hält die Bundesregierung für das so genannte soft landing für den im Jahr 2015 geplanten Ausstieg aus dem Milchquotensystem für geeignet, wenn sie eine „intensive Steuerung des Milchmarktes“ ablehnt (siehe Vorbericht zum Agrar- und Fischereirat, Ausschussdrucksache 18(10)025 des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages)?
  
2. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten Tackmann**  
(DIE LINKE.)

Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis des Abschlussberichts zum so genannten Blutschwitzen bei Kälbern (Förderkennzeichen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung: 2809HS025), dass diese Erkrankung durch BVD-Impfungen ausgelöst wurde, hinsichtlich eines Änderungsbedarfs beim Zulassungsverfahren für veterinärmedizinische Impfstoffe mit dem Ziel, solche Nebenwirkungen zukünftig rechtzeitig, d. h. vor der Zulassung, zu erkennen?
  
3. Abgeordneter  
**Harald Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Gespräche haben in den letzten drei Monaten zwischen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel oder anderen Mitgliedern der Bundesregierung und Vertretern von Herstellern gentechnisch veränderter Pflanzen (Dupont-Pioneer, Bayer, BASF, KWS, Monsanto etc.) sowie Vertretern von Verbänden oder Organisationen, welche als Interessenvertretungen für die Branche der Grünen Gentechnik/Agrogentechnik fungieren, über die Situation der Grünen Gentechnik in der Europäischen Union inklusive der Frage anstehender Anbauzulassungen für gentechnisch veränderte Pflanzen stattgefunden, und inwieweit war auch ein Meinungsaustausch über die Anbauzulassung für die gentechnisch veränderte Maislinie 1507 Teil dieser Gespräche?
  
4. Abgeordneter  
**Harald Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Inwieweit sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Aussagen des kanadischen Agrarministers Gerry Ritz inhaltlich korrekt wiedergegeben, wonach er vom Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hans-Peter Friedrich, sowohl Unterstützung hinsichtlich des Ziels einer Revision und Lockerung („to revise and loosen rules“) von EU-Regeln für gentechnisch veränderte Lebensmittel erhalten als auch Bundesminister Dr. Hans-Peter

Friedrich zugesagt habe, sich für ein „besseres“ System zur Zulassung von GVO (= gentechnisch veränderten Organismen) (in der Europäischen Union) einzusetzen, die in anderen Ländern mit wissenschaftsbasierten Risikobewertungsverfahren zugelassen sind (vgl. [www.producer.com/2014/01/some-eu-states-steadfast-on-gmos/](http://www.producer.com/2014/01/some-eu-states-steadfast-on-gmos/)), und wenn Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich sich in dieser oder ähnlicher Weise geäußert hat, wie ist das darin zum Ausdruck kommende Ziel einer Lockerung von EU-Standards bei Zulassungsverfahren für GVO vereinbar mit der Aussage von Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich: „Ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA darf nicht dazu führen, dass die hohen deutschen und europäischen Standards für die Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln aufgegeben werden“ (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 3. Februar 2014, [www.spiegel.de/politik/deutschland/grosse-koalition-minister-warnen-vor-freihandelsabkommen-a-950444.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/grosse-koalition-minister-warnen-vor-freihandelsabkommen-a-950444.html))?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

5. Abgeordnete  
**Doris Wagner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Erwägungen veranlassen das Bundesministerium der Verteidigung, den Regelbetrieb für die seit dem Jahr 2011 in der Ausbildung befindlichen „Lotsen für Einsatzgeschädigte“ erst im Jahr 2015 beginnen zu lassen, und weshalb werden für die bereits ausgebildeten Lotsen noch keine kontinuierlichen Fortbildungen angeboten (vgl. Zeitschrift der Evangelischen Kirche für Junge Soldaten, Heft 11, 2013)?
6. Abgeordnete  
**Agnieszka Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Fand Ende Januar 2014 eine Sitzung des Rüstungsboards im Bundesministerium der Verteidigung statt, und wenn nein, für wann ist diese Sitzung angedacht?
7. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) In welchen Gebieten werden die von der Bundeswehr angeschafften drei „Mobilen Geschützten Fernmeldeaufklärungssysteme“ (MoGeFA) der Plath GmbH (vgl. Bundeswehr-Journal vom 10. Februar 2014, [www.bundeswehr-journal.de/2014/mobile-fernmeldeaufklaerung-in-krisengebieten/](http://www.bundeswehr-journal.de/2014/mobile-fernmeldeaufklaerung-in-krisengebieten/)) eingesetzt, und unter welchen Voraussetzungen werden die in den betroffenen

- Frequenzbereichen vollständig und auch verdachtsunabhängig erfassten elektromagnetischen Ausstrahlungen bzw. Funk- und Telekommunikationsdaten erhoben, ausgewertet und an nichtdeutsches Militär bzw. nichtdeutsche Nachrichtendienste weitergegeben?
8. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern trifft ein Bericht des Magazins „Technology Review“ (Ausgabe 2/2014) zu oder nicht zu, wonach die Bundeswehr mit einem Kommando „Computer Network Operations“ Kapazitäten für „gezielte Angriffe auf Drohnen und andere elektronische Ziele“ aufbaut, hierfür zur Tarnung „Stealth-Techniken“ nutzt und lernt, Firewalls und Intrusion-Detection-Systeme oder Verschlüsselungsverfahren zu umgehen, und inwiefern teilt die Bundesregierung die Position, dass elektronische Systeme aus rechtlicher und moralischer Sicht nur dann militärische Ziele sein können, wenn sie allein militärischen Zwecken dienen, was zum Beispiel Angriffe auf Infrastrukturen der Energieversorgung, des Transportes oder der Telekommunikation pauschal ausschließt?
9. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Welche über Berichte der „Mitteldeutschen Zeitung“ vom 13. Februar 2014 hinausgehenden Details kann die Bundesregierung zum jüngsten Crash der bereits früher in mindestens 52 Fällen kontrolliert oder unkontrolliert abgestürzten Drohne des Typs „LUNA“ in Colbitz mitteilen (bitte insbesondere den Grund des Fluges, die für die Steuerung verantwortlichen Einheiten/privaten Firmen, genauere Angaben zum „technischen Problem“ als Ursache des Crashes sowie darüber, warum die Drohne offensichtlich außerhalb des Flugbeschränkungsgebietes niederging), und wo in Deutschland oder im Ausland sollen in diesem Jahr weitere Übungsflüge mit „LUNA“-Drohnen stattfinden (bitte mit genauem oder wenigstens näherungsweise Datum angeben)?
10. Abgeordnete  
**Inge Höger**  
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund des jüngsten Absturzes einer Drohne in der Nähe von Colbitz im Landkreis Börde über die Häufigkeit und den Radius von Übungen mit unbemannten Luftfahrzeugen in Sachsen-Anhalt sowie den angrenzenden Bundesländern, und welche Zwischenfälle gab es dort bisher?

11. Abgeordnete  
**Inge Höger**  
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten im Entwicklungsvertrag für das Spionagemodul ISIS (Integriertes SIGINT System) geschuldete Leistungen waren vom Leistungserbringer „nachzuerfüllen“ (Bundestagsdrucksachen 18/340 und 18/389), und inwiefern war in den zahlreichen Gesprächen und sonstigen Kontakten der Leitungsebene des Bundesministeriums der Verteidigung und Vertretern der Firma EADS, deren Tochter- und Beteiligungsfirmen, in denen nach Angaben der Bundesregierung „ergebnisoffen“ über das ISIS diskutiert wurde (Bundestagsdrucksache 18/389), auch von der Möglichkeit die Rede, dass trotz der durch den damaligen Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Mazière, eigentlich endgültig verfügten „Reißleine“ auch die Drohne „Euro Hawk“ als Träger des ISIS in Betracht käme oder diese Möglichkeit sogar nie aus den Augen verloren wurde?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

12. Abgeordnete  
**Ulle Schauws**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung beim deutsch-französischen Ministertreffen am 19. Februar 2014 die französische Regierung als starke Verfechterin der EU-Richtlinie zur Frauenquote unterstützen, und falls ja, wie?
13. Abgeordnete  
**Ulle Schauws**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, beim Treffen der Arbeits- und Sozialminister der Europäischen Union am 10. März 2014 das Thema Frauenquote konstruktiv voranzubringen und damit die Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD umzusetzen, und falls ja, wie?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

14. Abgeordnete  
**Kathrin Vogler**  
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass die Firma Booz & Company, eine Ausgründung der US-Firma Booz Allen Hamilton, an der Entwicklung von Sicherheitsverfahren für die elektronische Gesundheitskarte beteiligt ist (vgl. Meldung vom 3. Dezember 2013: [www.ad-hoc-news.de/computergroup-](http://www.ad-hoc-news.de/computergroup-)

medical-ag-gesundheitswesen-setzt-bei-/de/News/33210322), und kann die Bundesregierung sicherstellen, dass diese Firma bzw. ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keinen Kontakt mehr zum US-Geheimdienst NSA (= National Security Agency) unterhalten – angesichts der Tätigkeit von Edward Snowden für Booz Allen Hamilton bis Mai 2013 (siehe [http://de.wikipedia.org/wiki/Edward\\_Snowden](http://de.wikipedia.org/wiki/Edward_Snowden))?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

15. Abgeordneter  
**Peter Meiwald**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, über die EU-weit festgeschriebenen Rücknahmen von Elektrokleingeräten im Handel hinaus die Vorschläge der Expertinnen und Experten des Nachhaltigkeitsrates und des Sachverständigenrates für Umweltfragen (Umweltgutachten 2012) zur Einführung eines Handypfandes umzusetzen, um die Rücklaufquoten von Handys und Smartphones zu verbessern und sicherzustellen, dass wertvolle Rohstoffe aus Elektrogeräten zukünftig sachgerecht recycelt werden können?
16. Abgeordnete  
**Sylvia Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Zwischenlageregenehmigungsverfahren sind derzeit beim Bundesamt für Strahlenschutz anhängig (bitte nach Bundesländern differenzieren), und wie viele Behälter- bzw. Behältertypzulassungsanträge sind dort derzeit anhängig (bitte möglichst auch thematisch differenzieren; vgl. hierzu die zusammenfassende Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 18/444 nach den derartigen anhängigen Antragsverfahren, aus der sich diese Zahl noch nicht ergibt)?
17. Abgeordnete  
**Sylvia Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt bzw. nach derzeitiger Kenntnislage bereits vollumfänglich die Aussage des Betreibers des Kernkraftwerks Gundremmingen (KRB), dass „die Auslegung der Nachkühlsysteme den Anforderungen“ entspricht (bitte mit Begründung; vgl. hierzu Pressemitteilung des Betreibers vom 9. Februar 2014 sowie die Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Fragen 11 bis 13 und 14 bis 16

auf Bundestagsdrucksache 17/14606 zu noch nicht vorliegenden abschließenden Bewertungen), und teilt sie insbesondere die Aussage des Betreibers in der o. g. Pressemitteilung, die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 41 auf Bundestagsdrucksache 18/298 zu Einzelaspekten des Zusätzlichen Nachwärmeabfuhr- und Einspeisesystems (ZUNA) im KRB würde bestätigen, dass die Auslegung der Nachkühlsysteme des KRB den Anforderungen entspricht (bitte mit Begründung)?

18. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
(Dresden)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Fluggesellschaften aus so genannten Drittstaaten (USA, Russland, China und Indien) sind ihren Abgabeverpflichtungen für CO<sub>2</sub>-Zertifikate im europäischen Emissionshandelssystem – bezogen auf die Emissionen ihrer innereuropäischen Flüge im Jahr 2012 – nicht fristgerecht nachgekommen?
19. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
(Dresden)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung bereits Zahlungsbescheide an die Betreiber, die ihren Abgabepflichten nicht nachgekommen sind, versandt, bzw. plant die Bundesregierung, dies fristgemäß vor dem 29. April 2014 zu tun?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

20. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Welche politischen Initiativen und entwicklungspolitischen Vorhaben gedenkt die neue Bundesregierung voranzubringen, um zum Beispiel die unzureichende Wasserversorgung in der unter israelischer, militärischer Verwaltung stehenden C-Zone der palästinensischen Gebiete zu verbessern (Meldung der Nachrichtenagentur AFP vom 13. Februar 2014)?



**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und  
des Bundeskanzleramtes**

21. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen hätte nach Ansicht der Bundesregierung eine Neubesetzung bzw. Nichtbesetzung des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Bauhaus Dessau auf die Vorbereitungen des Bauhaus-Jubiläums im Jahr 2019?
22. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus dem geschlossenen Rücktritt des international hochrangig besetzten Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Bauhaus Dessau gezogen, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung als mitfinanzierende Zuwendungsgeberin im Stiftungsrat ergriffen, um den Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Bauhaus Dessau neu zu besetzen?
23. Abgeordnete  
**Steffi Lemke**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Folgen hat aus Sicht der Bundesregierung der geschlossene Rücktritt des international hochrangig besetzten Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Bauhaus Dessau auf die planmäßige Umsetzung der Konzeption des 100-jährigen Bauhaus-Jubiläums im Jahr 2019?
24. Abgeordnete  
**Steffi Lemke**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Zeitplan und das Verfahren zur Neubesetzung des Wissenschaftlichen Beirats?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft  
und Energie**

25. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Geht die Bundesregierung davon aus, dass die so genannte Thüringer Strombrücke bis zur Abschaltung des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld im Jahr 2015 in Betrieb sein wird, und welche alternativen Szenarien (bitte einzeln aufschlüsseln) prüft die Bundesregierung für den Fall, dass dies nicht der Fall sein wird, vor dem Hintergrund der Aussagen des Vizepräsidenten der Bundesnetzagentur, Peter Franke, die Bundesnetzagentur habe „schon diverse

Möglichkeiten durchgespielt“ (siehe [www.energatemessenger.de/news/index.php?view=newsItem&id=140610](http://www.energatemessenger.de/news/index.php?view=newsItem&id=140610) vom 10. Februar 2014 „Bundesnetzagentur hat Plan B bei Thüringer Strombrücke“)?

26. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung bei der EU-konformen Ausgestaltung der Besonderen Ausgleichsregelung (BesAR) im Erneuerbare-Energien-Gesetz, und welche konkreten inhaltlichen Überlegungen gibt es dazu bereits innerhalb der Bundesregierung?
27. Abgeordnete  
**Dr. Julia  
Verlinden**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung in ihrem jährlichen Monitoringbericht zur Energiewende evaluieren, ob das verpflichtende EU-Ausbauziel Deutschlands für erneuerbare Energien eingehalten wird?
28. Abgeordnete  
**Dr. Julia  
Verlinden**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welchen jährlichen Ausbausritten will die Bundesregierung das Kraft-Wärme-Kopplungs-Ziel in Höhe von 25 Prozent bis zum Jahr 2020 erreichen, und beabsichtigt die Bundesregierung im laufenden Jahr eine Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

29. Abgeordnete  
**Bärbel  
Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche internationalen Partnerschaften plant die Bundesregierung wie konkret auszugestalten, damit sie zu einem Gelingen der Energiewende in unserem eigenen Land beitragen, wie vom Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz angekündigt (Inhalte, Partnerländer, Energieträger, Zeitrahmen)?
30. Abgeordnete  
**Agnieszka  
Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Abbrecherquote unter den auszubildenden somalischen Streitkräften, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über deren Verbleib und die Gründe für einen frühzeitigen Abbruch der Ausbildung?

31. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum will die Bundesregierung Bundeswehrsoldaten zur Teilnahme an der EU-Ausbildungsmission EUTM Somalia am Flughafen Mogadischu anbieten (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 9. Februar 2014), obwohl sie dies erst vor sieben Wochen als zu unsicher und gefährlich abgelehnt (fehlende „Rahmenbedingungen zum Schutz“, „adäquate medizinische und logistische Versorgung“ und nötige Infrastruktur, vgl. SPIEGEL ONLINE vom 11. Januar 2014) sowie daher alle 20 Bundeswehr-Ausbilder bei EUTM Somalia aus Uganda abgezogen hatte, als die EUTM Somalia von da nach Mogadischu umzog, und wie hat die Bundesregierung bei diesem Positionswechsel – neben 61 Prozent Wählerablehnung solcher Einsätze laut aktueller ARD-Umfrage sowie dem nötigen Bundestagsvotum zu solchem Einsatz – bedacht, dass nicht nur 1993 beim gescheiterten US-Einsatz in Mogadischu 18 US-Soldaten starben (Black Hawk Down), sondern dort bis heute häufig Ausländer durch Anschläge getötet werden – gerade nah jenes Flughafens (vgl. die exakte Auflistung etwa bei Wikipedia zu „Gefechte in Mogadischu seit 2010“), wobei die Täter nicht unterscheiden nach zivilem, Kampf- oder „nur“ Ausbildungsauftrag der Opfer (wie sich etwa am 18. Juni 2013 bei der Tötung von mindestens acht UN-Entwicklungshelfern und Sprengung ihres UNDP-Gebäudes – UNDP = United Nations Development Programme – wenige Hundert Meter vom Flughafen zeigte)?
32. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Welche Instanz hat (unter Angabe des Zeitpunkts) – angesichts des Beschlusses 2013/44/GASP zur Änderung und Verlängerung des Beschlusses 2010/96/GASP über eine Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung somalischer Sicherheitskräfte des Rates der Europäischen Union vom 22. Januar 2013, in welchem es hieß, dass das Hauptquartier lediglich „möglicherweise nach Somalia“ verlegt wird – beschlossen, das Hauptquartier der Mission EUTM Somalia nach Mogadischu zu verlegen?
33. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Situation im Kosovo angesichts der gewalttätigen Studentenproteste dort ein (<http://de.ria.ru/politics/20140208/267790277.html>), und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Studierendenproteste Anfang Februar 2014 in Priština und deren gewaltsame Niederschlagung durch die dortige Polizei?

34. Abgeordnete  
**Christine  
Buchholz**  
(DIE LINKE.) Wird die auf Beschluss der EU-Außenminister eingerichtete Mission „EUFOR RCA“ die Regierungstruppen der Forces Armées Centrafricaines (FACA) als Verbündete oder als Gegner betrachten, nachdem der Kommandeur der vor Ort operierenden Mission der Afrikanischen Union, General Martin Tumenta Chomu, die FACA am 8. Februar 2014 aufforderte, in den Kasernen zu bleiben, da sie sonst als „gesetzlose Banditen“ betrachtet werden würden?
35. Abgeordnete  
**Christine  
Buchholz**  
(DIE LINKE.) Zum Schutz gegen welche potenziell feindliche Armee oder gegen welche sonstige potenzielle feindliche Gruppierung richtet sich der anvisierte Begleitschutz durch die deutsche Marine bei dem Transport syrischer Giftgasbestände über das Mittelmeer, und über welche maritimen Fähigkeiten verfügen diese potenziellen Bedrohungen?
36. Abgeordnete  
**Heike  
Hänsel**  
(DIE LINKE.) Sieht die Bundesregierung, nach dem Abtransport der syrischen Chemiewaffen, die Gefahr einer US-militärischen Intervention in Syrien für gebannt oder für erhöht?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

37. Abgeordnete  
**Martina  
Renner**  
(DIE LINKE.) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass das Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsen über mehrere Jahre die Daten von mindestens sieben Journalistinnen und Journalisten, darunter der Rechtsextremismusexpertin Andrea Röpke, erhoben und diese Daten dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) zur Verfügung gestellt hat und das BfV darüber hinaus eigene Daten zu den in Niedersachsen betroffenen Journalistinnen und Journalisten erhoben hat?
38. Abgeordneter  
**Martina  
Renner**  
(DIE LINKE.) Mit welchen personenbezogenen Daten, Merkmalen und Berufsbezeichnungen werden Personen in dem Nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS) gespeichert?

39. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Rechtsgrundlage hat der damalige Bundesminister des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich, im Oktober 2013 dem Parteivorsitzenden der SPD, Sigmar Gabriel, Informationen aus laufenden Ermittlungen weitergegeben, statt den dafür zuständigen Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zu informieren?
40. Abgeordneter  
**Dr. Konstantin von Notz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welches Mitglied der Bundesregierung wusste von den Vorwürfen gegen den ehemaligen Abgeordneten Sebastian Edathy (bitte unter Angabe des Datums), und an wen wurden diesbezügliche Informationen (ebenfalls unter Angabe des Datums) weitergegeben?
41. Abgeordneter  
**Dr. Konstantin von Notz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der derzeitige Stand bezüglich der Vorlage eines Nationalen Aktionsplans zu dem von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Open Government Initiative, und für wann plant die Bundesregierung konkret den Beitritt zur Initiative?
42. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit gilt die „Leitlinie für die Zahlung von Prämien an Trainerinnen und Trainer sowie Servicepersonal erfolgreicher Sportlerinnen und Sportler bei Olympischen und Paralympischen Spielen vom 1. Juli 2010“ des Bundesministeriums des Innern noch, und welche Gründe gibt es für deren unterschiedliche Prämierung für Erfolge bei den Olympischen und den Paralympischen Spielen durch den Bund?
43. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit kann die Bundesregierung den vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) auf der Grundlage einer Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie berechneten Sanierungsbedarf bei Sportstätten in Höhe von 42 Mrd. Euro bestätigen (siehe „42 Milliarden Euro Sanierungsbedarf“, Offenbach-Post vom 22. Januar 2014), und was plant die Bundesregierung als ihren Beitrag, um diesen Sanierungsstau innerhalb der 18. Wahlperiode zu reduzieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz  
und für Verbraucherschutz**

44. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Gegen wie viele Mitglieder früherer Bundesregierungen wurde bislang wegen Steuervergehen ermittelt, und welche disziplinarischen Maßnahmen wurden in diesen Fällen seitens der jeweiligen Bundesregierung getroffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

45. Abgeordneter  
**Klaus Ernst**  
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Fällen haben der Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin seit dem Jahr 1991 von Fällen Kenntnis erhalten, in denen Staatssekretärinnen bzw. Staatssekretäre wegen Steuervergehen belangt wurden, und welche Konsequenzen wurden jeweils eingeleitet (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales**

46. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie könnte nach Ansicht der Bundesregierung der Vorschlag, bei der abschlagsfreien Altersrente ab 63 Jahren die Anerkennung von Arbeitslosigkeit dergestalt zu begrenzen, nur Zeiten vor dem Stichtag 1. Januar 2014 zu berücksichtigen, so ausgestaltet werden, dass er mit dem allgemeinen Gleichheitssatz aus Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes im Einklang steht?
47. Abgeordnete  
**Annalena Baerbock**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung für Kinder mit Behinderungen, die an Regelschulen unterrichtet werden, die notwendige Betreuung am Nachmittag finanzieren und die Aufnahme der Hortassistenz in den Katalog der privilegierten Leistungen des § 92 Absatz 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vor dem Hintergrund veranlassen, dass sie die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen umzusetzen hat?

48. Abgeordneter  
**Matthias W.  
Birkwald**  
(DIE LINKE.)
- Welche Umstände oder Fakten bringen die Bundesregierung zu der Aussage in ihrer Antwort vom 11. Februar 2014 auf meine Schriftliche Frage 37 auf Bundestagsdrucksache 18/528 zum Thema Mütterrente und Auffüllbetrag unter Beachtung des Urteils des Bundessozialgerichts vom 20. Juli 2005, Az.: 13 RJ 17/04 R, dass „die Rentenversicherungsträger diesem Urteil von Amts wegen folgen“ und dass sich deshalb „die Frage der Notwendigkeit besonderer Anträge nicht stelle“, während in der Antwort der Bundesregierung vom 4. September 2008 auf die Schriftliche Frage 42 von Dr. Martina Bunge (Bundestagsdrucksache 16/10199) der Weg zur Umsetzung des Urteils darin gesehen wurde, „dass die Betroffenen einen Antrag auf Neufeststellung der Rente stellen können“ – eine Aussage, auf die auch in den späteren Antworten auf die Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksachen 16/11317 und 17/9118 immer Bezug genommen wurde?

